



Nein zum Krieg gegen Irak!
Kein Blut für Öl!

**Medienkonferenz vom Donnerstag, 30. Januar 2003
um 10.00 Uhr in Bern
Hotel Kreuz, Zeughausgasse 41**

***Stellungnahme von Christiane Brunner
Ständerätin, Präsidentin der SP Schweiz***

*Es gilt das gesprochene Wort
Originalfassung französisch*

Der Krieg gegen Irak wäre ein grober politischer Fehler: Wir müssen ihn verhindern!

Politisch ist ein Krieg gegen Irak auf keine Art und Weise zu rechtfertigen. Leider hat man es vor 12 Jahren nach dem Golfkrieg nicht fertig gebracht, im Nahen Osten einen Friedensprozess in die Wege zu leiten. Die Staatengemeinschaft hat sich der Eindämmungsstrategie gegenüber Irak gefügt, die weitgehend durch die Dominanz der strategischen Interessen der Vereinigten Staaten von Amerika bestimmt wurde. Diese Strategie hat der Bevölkerung des Nahen Ostens geschadet, die Spannungen gesteigert und die Entstehung einer Demokratisierungsbewegung verhindert.

Im Irak hat das Embargo zu einer Verhärtung der Diktatur geführt, den Preis musste die Zivilbevölkerung bezahlen. In den Nachbarländern, vor allem in Saudi-Arabien, haben Regierungen, die weit vom europäischen Demokratieverständnis entfernt sind, ihre Herrschaft über die Bevölkerung noch verstärken können. Der Konflikt zwischen Israel und Palästina hat sich zu einer aussichtslosen Situation gesteigert.

In diesem Umfeld, einen Krieg gegen Irak auszulösen, wäre ein Fehler. Ich bin sogar überzeugt, dass es ein politisch unverzeihlicher Fehler wäre.

Zum Glück ist dieser Fehler nicht unausweichlich. Es bildet sich eine immer breitere Front gegen diesen Krieg, weltweit und auch in unserem Land. Für mich und die SPS ist dies ein Grund zur Erleichterung und auch eine Ermutigung, die Bemühungen zur Kriegsverhinderung zu steigern. Bürgerinnen und Bürger aus den verschiedensten Ecken, Organisationen und Vereinigungen die sonst nicht zusammen arbeiten, ein breites Spektrum an politischen Gruppierungen, sie alle erklären mit vereinten Kräften, dass sie den angedrohten Krieg ablehnen. Diese Koalition gegen den Krieg ist eine Koalition der Vernunft. Die politischen Verantwortungsträger müssen auf sie hören und deren Widerstand an die internationalen Entscheidungsinstanzen weiterleiten.

Es ist kein Jahr her, dass das Schweizervolk sich für den Beitritt der Schweiz zur UNO ausgesprochen hat. In diesem Rahmen hat der Bundesrat klar ausgesagt, dass die gegen den Irak gerichteten militärischen Operationen, ohne einen entsprechenden Entscheid des Sicherheitsrates, nicht legitim sind. Er hat also ein unilaterales Vorgehen der USA im voraus verurteilt.

Unsere Aussenministerin hat die Aussage des Bundesrates bekräftigt, dass die Menschen wichtiger sind als strategische und staatliche Interessen. Und dass im Falle einer militärischen Intervention gegen eine für die Bevölkerung des Landes und der umgebenden Länder gefährlichen Diktatur, die Achtung sämtlicher humanitären Rechte absoluten Vorrang haben müsse.

FÜR ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN: Medien- und Informationsdienst

Telefon +41 31 329 69 82 / 83 / 84 Mobile +41 79 417 98 37

Spitalgasse 34, Postfach CH – 3001 Bern

presse@sp-ps.ch

<http://www.sp-ps.ch>

Das ist gut, aber nicht genug.

Der Bundesrat hat auch suggeriert, die Protagonisten dieses drohenden Krieges zu einer „Konferenz der letzten Chance“ einzuladen.

Das ist gut, aber geht nicht weit genug. Wir erwarten vom Bundesrat, dass er seinen Vorschlag formell, offiziell und ohne Verzögerung, den betroffenen Parteien zukommen lässt. Um die Chancen dieser Friedensinitiative zu erhöhen, muss die Regierung vorher mit unseren Partnern in Europa Kontakt aufnehmen. Deren Unterstützung kann dazu beitragen, dass die Parteien einem letztes Treffen auf neutralem Terrain zustimmen.

Der Bundesrat hat ausserdem bekanntgegeben, dass er sich strikte an die Neutralität halten würde, falls ein Staat oder eine Staatenkoalition den Irak ohne Mandat des UNO-Sicherheitsrates angreifen würden. Das ist ein absolutes Minimum und versteht sich von selbst. Es darf aber nicht dabei bleiben, wenn das internationale Recht verletzt werden sollte.

In diesem Falle würden wir vom Bundesrat fordern, dass er jegliche militärische Zusammenarbeit mit den Konfliktparteien suspendiert, inklusive wirtschaftliche Austausch in den Bereichen Bewaffnung und duale Technologien.

Sollte der Sicherheitsrat eine militärische Aktion im Irak befürworten, behält sich der Bundesrat seine Stellungnahme vor. Aus unserer Sicht müsste er sich jedoch ohne weiteren Verzug engagieren. Wir ersuchen ihn, bei der UNO zu intervenieren, indem er eine möglichst breite Allianz mit anderen Staaten anstrebt, damit der Sicherheitsrat auf keinen Fall den Krieg zulässt.

Damit wir uns recht verstehen: wir sind nicht für den Status quo im Nahen Osten. Wir sind auch nicht „antiamerikanisch“, es geht nicht darum, Europa und USA gegeneinander auszuspielen. Was jetzt Not tut, ist die amerikanische Demokratie davon zu überzeugen, dass der Krieg keine Lösung ist. Es gibt keinen anderen Weg als den, hartnäckig die Zusammenarbeit, die Entwicklung gegenseitigen Vertrauens und die Unterstützung der Demokratisierungsprozesse zu fördern. Ich rufe daher alle auf, am 15. Februar in die Bundesstadt zu kommen, um den Frieden zu verlangen. Unsere Demonstration wird friedlich und gewaltfrei sein und gerade dadurch klar unsere Entschlossenheit aufzeigen.

Es liegt mir besonders viel daran, dass eine grosse Anzahl Frauen an der Demonstration vom 15. Februar teilnimmt. Sie wissen sicher, dass der moderne Krieg die zivile Bevölkerung am grausamsten trifft. Die Frauen sind meist die ersten und die zahlreichsten Opfer.

Im Irak, wie auch sonst im Bereich des Nahen Ostens, leiden die Frauen bereits unter Mangel und Unterdrückung, das Recht auf ein Leben in Freiheit und Würde wird ihnen vorenthalten. Der Krieg würde die Leiden der irakischen Frauen verdoppeln und niemand kann mir weismachen, dass dieser Krieg in der Absicht geführt werden soll, eine wirklich demokratische Gesellschaft zu fördern, die die Rechte der Frauen achtet.

Als Frauen haben wir eine besondere Verantwortung, wir dürfen uns nicht der Aufgabe der Solidarität entziehen. Wir werden als Bürgerinnen demonstrieren, die die Kriegslogik ablehnen, die man uns aufzwingen will. Wir werden aber auch unsere aktive Solidarität mit all jenen demonstrieren, die im Irak und im Nahen Osten nach mehr Demokratie und mehr sozialer Entwicklung streben. Mit all jenen Frauen, die genau wissen, dass der Krieg ihnen keine Emanzipation bringen wird.

Wenn schon vom Schutz der Zivilbevölkerung die Rede ist, wenn schon gesagt wird, dass die Regierungen in erster Linie auf die Lebensgrundlagen der Menschen zu achten hätten, dann ist zu bedenken, dass diese Prioritäten auch dann gelten müssen, wenn es keinen Krieg gibt. Darum verlangen wir vom Bundesrat, dass er sich im Rahmen seiner Programme zur Friedensförderung und zur Entwicklungshilfe ganz besonders für das Schicksal und die Bedürfnisse der Frauen einsetzt. Denn sie sind es, die von Palästina bis Irak, von den durch Kurden bevölkerten Regionen bis zu Saudi-Arabien, seit langer Zeit den höchsten Tribut in Form von Ungerechtigkeit, Unterentwicklung und Abwesenheit von Demokratie bezahlen.